

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1917

235 (8.10.1917)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 90 P., 1/2 jährl. 2,70 M., Bogenst. durch unsere Träger 1 M., bezw. 8 M.; durch die Post 1,04 M. bezw. 3,12 M.; durch d. Feldpost 1,06 M. bezw. 3,05 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. **Geschäftszeit:** 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. **Fernsprecher:** Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 P. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für groß. Aufträge nachm. autor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

„Auf dem festen Boden der Kriegsergebnisse.“

Hat das entsetzliche Massenmorden der drei Kriegsjahre wenigstens zu einem Ergebnis geführt? Gewiß, zu dem Resultate, daß die Weltpolitik auf einer neuen international-rechtlichen Grundlage aufgebaut werden muß. Zu dieser Erkenntnis sind bereits alle kriegsführenden Völker gelangt. Man lese die Reden der Asquith, Ribot, Wilson, Kühlmann, Czernin und man kann aus diesen Reden mit Befriedigung feststellen, daß überall die Ueberzeugung sieghaft durchgebrochen ist: die Fundamente der früheren Politik sind erschüttert, auf neuer Rechtsbasis muß eine wirkliche „Weltordnung“ emporstreben.

Mit diesem jüngst von Czernin entwickelten Gedanken findet sich auch jetzt im vollen Einklang das Blatt des deutschen Reichskanzlers, die „Nordd. Allgem. Ztg.“. Sie schreibt nämlich unter dem 3. Oktober:

„Die Gedanken, die in der Kundgebung des Papstes ausgesprochen wurden, hat Graf Czernin in seiner Budapestener Rede weitergesponnen und grundsätzlich formuliert. Mit Nachdruck abgelehnt hat er die Vorstellung, daß die Entwicklung der internationalen Beziehungen einmündig da wieder anzuknüpfen könnte, wo sie durch den Ausbruch des Weltkrieges abgebrochen wurde. In Worten, die von wahrer Menschlichkeit erfüllt sind, sucht er dem neuen Geist seine Bahn zu weisen und entwirft das Bild einer neuen Weltordnung, wie sie seiner Ansicht nach zum Heile der kommenden Geschlechter aus diesem Weltkriege hervorgehen muß. Internationale Weltabstimmung, obligatorisches Schiedsgericht, keine territorialen Vergrößerungen, unbedingte Wirtschaftsfreiheit, das sind die Prinzipien, deren gleichmäßige und allgemeine Durchführung die Welt vor der Wiederkehr der Katastrophe sichern würde, die wir durchmachen und in der wir heute noch stehen. Wenn der österreichisch-ungarische Staatsmann mit dieser Sicherheit für die künftige internationale Ordnung eintritt, so steht er dabei auf dem festen Boden der nicht mehr zu erschütternden Kriegsergebnisse.“

Dieses wichtige Eingeständnis des deutschen Reichskanzlers-Battes halte man für alle Zeiten fest. Und mit ihm vergleiche man die scharfen Ausfälle, die noch jüngst der stellvertretende Chef des deutschen Generalstabs, Freiherr v. Freytag-Loringhoven, gegen eine neue internationale Rechtsordnung und gegen den Pazifismus im allgemeinen richtete. Das Kriegsergebnis dieses hohen Militärs ist: Weiter kriegsbereit, das der Herren Michaelis und Czernin aber: Zum internationalen Schiedsgericht und zur Abrüstung bereit.

Diese vollständige Umwälzung im Denken ist ein greifbares Kriegsergebnis. Das läßt sich heute selbst in den Aussagen deutscher Historiker feststellen, die einst von staunender Bewunderung vor dem „Realpolitiker“ Bismarck erstarben und streng und scharf die Ethik von der Staatspolitik trennten. Gewiß, Moral für den Hausgebrauch, aber heileibe nicht für den Staat!

Heute nähert sich z. B. ein Professor Meinecke, der in seinem Werke: Weltbürgertum und Nationalstaat, noch stark von Bismarckischem Geiste erfüllt ist, auf Armslänge den rechtlichen und ethischen Zwängen des Pazifismus und erklärt es für seine Pflicht, die Klassengegensätze der Völker fortan durch friedliche Verständigung auszugleichen und organische Einrichtungen dafür zu schaffen.

Und dieses neue Denken ist ein „Kriegsergebnis“. In der „Frankfurter Zeitung“ führt nämlich Professor Meinecke in dem Aufsatz: Demobilisierung der Geister aus:

„Der Krieg kann künftig nicht mehr ohne weiteres, wie es von den Staatsmännern aller Länder geschah, als ein taugliches Mittel zur Erzwingung bestimmter Lebensbedürfnisse des einzelnen Staates gelten. Benützungsmittel wie er es nur so weit noch, als er sich isolieren ließe auf das Duell zweier Staaten miteinander, die ungleich an Kraft und innerer Entwicklung sind. Aber die Verflechtung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der großen Weltvölker miteinander ist heute derart intensiv und unaufknüpfbar geworden, daß jeder Krieg zwischen ihnen beinahe zwangsläufig zu einem Koalitions- und Weltkrieg werden muß. Dann aber würde man in furchtbarer Steigerung wieder erleben, daß der Krieg sich gewissermaßen selbst widerlegt. Denn er kann keine günstige und unumwälzende Entscheidung mehr erzwingen. Nur Einsicht und Vernunft der Völker und ihrer Lenker kann diese gewaltige Schraube ohne Ende zum Stillstand bringen.“

Ein wichtiges Kriegsergebnis allerdings: diese Einsicht, daß der Krieg sich selbst vernichtet!

Vom Krieg. Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 7. Okt. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regenfällen und Wind blieb die Gefehtstätigkeit bei fast allen Armeen gering.

In Flandern lag starkes Störungsfeuer, durchsetzt mit einzelnen heftigen Feuerstößen, auf dem Kampfelde zwischen Poelkapelle und Zandvoorde.

Vor Verdun lebte auf dem Ostufer der Maas die Feuer-tätigkeit zeitweilig auf.

Erfundungsgefechte riefen dort und in mehreren anderen Abschnitten vorübergehend eine Steigerung des beiderseitigen Feuers hervor.

Die Auswertung von Lichtbildaufnahmen unserer Flieger bestätigte, daß unsere Bombenangriffe auf die Festung Dünkirchen starke Zerstörungen in mehreren Stadtbauwerken, besonders an den Gasen-, Speicher- und Bahnanlagen verursacht haben. Empfindliche Gemmungen des englischen Nachschubs werden dadurch erreicht worden sein.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern Nordöstlich von Riga, bei Dinaburg und am Bzruč besäupften sich mehrfach die Artillerien lebhaft.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

In der Bukowina griffen die Russen unter Einriß von Panzerkraftwagen unsere Stellungen bei St. Onufry und Wajschow an. Der Feind wurde durch Feuer abgewiesen, aus Wajschow durch Gegenstoß deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen vertrieben.

Gefangene blieben in unserer Hand.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Radenien lebte am unteren Sereth und bei Tulcea die Kampftätigkeit der Artillerien auf.

Mazedonische Front

Nichts Wesentliches. Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Weitere 17 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 6. Okt. Neue U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 17 000 BRT. Unter den versenkten Schiffen befinden sich der bewaffnete englische Dampfer „Samtaran“ mit 4000 Tonnen Gasöl für Archangelst, und der englische Dampfer „St. Kargareth“. Von dem bewaffneten Dampfer „Samtaran“ wurde der Kapitän und der erste Offizier gefangen genommen.

Eine schlechte Ernte in Italien.

Bern, 6. Okt. Das italienische Landwirtschaftsministerium gibt folgende Zahlen über die diesjährige Ernte bekannt: Weizen 38 Millionen Doppelzentner gegenüber 48 Millionen im Durchschnittsjahr, Mais 23 Millionen Doppelzentner gegenüber 26 Millionen, Roggen und Gerste zusammen 2 650 000 gegenüber 3 450 000 Doppelzentner, Reis 3 300 000 Doppelzentner, ungefähr wie 1916, Wicken 3 600 000 gegenüber 4 600 000 Doppelzentner. Für Kartoffeln und Erbsen wird die diesjährige Ernte beträchtlich unter mittel ausfallen, die 6 Millionen Doppelzentner Kartoffeln und 1 1/2 Millionen Erbsen beträgt. Während in einigen Provinzen Oberitaliens die Ernte beider Produkte mittel übersteigt, war sie in Mittelitalien spärlich, in Südtalien noch geringer.

Bauernruhen in Italien.

W.B. Bern, 6. Okt. „Avanti“ erfährt aus Andria (Apulien), daß die dortige Landbevölkerung die Regierung durch Unruhen auf ihre traurige Lage aufmerksam zu machen suchte. Die Bauern seien infolge der Vernachlässigung durch die Großgrundbesitzer ausgehungert. Apulien, einst eine der reichsten Korngebenden Italiens, sei heute vollständig unbekannt.

Einziehung des Silbergeldes in Italien.

W.B. Bern, 6. Okt. Das römische Amtsblatt enthält ein Decret, das für den November die Einziehung alles Silbergeldes italienischer Währung verfügt. Zum Jahresende werden die Silbermünzen ganz außer Umlauf gesetzt. Wer mehr als 10 Lire Silbergeld zurückbehält, bei Geldstrafen von 50 bis 1000 Lire zu gewärtigen. Zur Umwechslung wurden 300 Millionen Schatzscheine zu einem und zwei Lire ausgegeben.

Verhaftung ehemaliger griechischer Minister.

W.B. Bern, 6. Okt. (Nicht amtlich.) Die Agence Havas meldet aus Athen: Da Lombros sich weigerte, zum Verhör vor der Parlamentskommission zu erscheinen, wurde seine Verhaftung angeordnet.

Der „Temps“ meldet aus Athen, daß auch Skulubis aus demselben Grunde verhaftet worden ist.

Eine stürmische Reichstags-sitzung.

Die Reichstags-sitzung vom letzten Samstag hat wie mit einem Wagnis die politische Situation beleuchtet. Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die Alldeutschen auch in der Reichsregierung offene und versteckte Förderer haben. Die Art, wie Kriegsminister von Stein die sozialdemokratische Interpellation bezüglich der alldeutschen Treibereien im Heere und in der Verwaltung beantwortete, zeigt, daß er diesen Treibereien mindestens nicht mit der Energie begegnet, mit der sie bekämpft werden müßten. Auch die Rede Dr. Helfferichs war mehr herausfordernd als entgegenkommend. Es ist ein trauriges Bild, das sich dem deutschen Volke bietet. Während der Kaiser, der Reichstag, die Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung sich auf den Boden des Verständigungsfriedens stellen, zeigt es sich hinterher, daß einflussreiche Leute sowohl innerhalb wie außerhalb der Regierung diese Friedenspolitik zu durchkreuzen versuchen. Der Reichsleitung fehlt die Führung. Dr. Michaelis hat zwar bei seinem ersten Auftreten im Reichstage erklärt, er lasse sich die Führung nicht aus der Hand nehmen, tatsächlich hat er sie noch gar nicht in der Hand gehabt. Es herrscht ein völliger Wirrwarr in der Reichsleitung. Bereits ist die diplomatische Führung des Krieges von Berlin nach Wien übergegangen. Jetzt steht eine Krise in der inneren Politik bevor, die hoffentlich mit einer Klärung der unhaltbar gewordenen Situation ihren Abschluß findet. Nicht nur der Vizekanzler ist unwohllich geworden, u. E. muß auch im Reichskanzleramt ein Wechsel eintreten. Es ist höchste Zeit, daß diesen gefährlichen Willkürleuten der uniformierten und nichtuniformierten alldeutschen Amarrilla ein Riegel vorgeschoben wird und daß ein Mann an die Spitze des Reiches kommt, der tatsächlich die Zügel der Reichsleitung fest in der Hand hat. So wie in den letzten Wochen kam und darf es nicht weitergehen, wenn nicht Schlimmeres heraufbeschworen werden soll.

Berlin, 6. Oktober 1917.

Am Bundesratssitz Dr. Helfferich, Graf v. Rüdern, Kriegsminister v. Stein und Unterstaatssekretär Wallraf. Präsident Dr. Kaempf eröffnet 11.17 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Interpellation betreffend die

Agitation durch Vorgelesene zumunten alldeutscher Politik.

Die Interpellation begründet

Abg. Landsberg (Soz.):

Der alte Grundfalsch, daß Politik vom Heere ferngehalten ist, ist im Kriege anscheinend aufgehoben worden, allerdings nicht völlig, nur soweit es sich nicht um die Sozialdemokratie handelt. Da wird alles verboten. Die der Sozialdemokratie entgegengelesene Politik dagegen wird nicht nur gebildet, sondern auch gefördert, so die des Alldeutschen Verbandes, des Ostmarkenvereins und des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden. Immer dieselben Leute! (Sehr richtig!) Nach 3 Jahren Krieg macht sich eine Partei in Deutschland an, daß allein bei ihr die Interessen des Vaterlandes in sicherer Hut seien. Sicherlich sind viele Idealisten auf den Heim der Vaterlandspartei hereingefallen. In unserer Liebe zum Vaterlande lassen wir uns von niemand beschwören. Nur jagen wir nicht Ausland nach auf die Gefahr hin, Deutschland zu verlieren! (Sehr gut!) Den leitenden Männern der Vaterlandspartei stehen ungeheure Mittel zur Verfügung. Durch den Ankauf von Zeitungen wollen sie die öffentliche Meinung veräffeln. (Rufe „Unerhört!“ rechts. — „Sehr wahr!“ links.) Sie lassen Zeitungen auf und verwenden ungeheure Mittel dazu, um die Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein Kriegsgewinner erst wohl fühlt. (Sehr richtig! links.) Gelegentliche Drohungen, eine Kriegsanleihe nicht zu zeichnen, wenn die Regierung nicht befriedigende Erklärungen abgibt, helfen nach. (Wort, hört, links.) Man muß sich wundern, daß sie für den Krieg immer noch Material aufbringen, obwohl er mit einem Verzichts-frieden auszugehen droht. (Sehr gut! links, Unruhe rechts.) Aber so altruistisch sind sie doch. (Weiterkeit links.) Die Männer, deren Vermögensverhältnisse durch eine Kriegsverlängerung so günstig beeinflusst werden, wie es die Dividenden täglich zeigen und die gleichwohl für Eroberungen eintreten, möchte ich zur Scham rufen. (Großer Lärm rechts, lebhaft Zustimmung links und im Zentrum.) Mit der Schaffung eines Millionenfonds will man den Geist des deutschen Volkes äffeln. (Großer Lärm rechts, Zurufe rechts: Unerhört! Abg. Gräfe: Hehehe!) Sie sind mir ein reter Sachverständiger für Hehreden. (Sehr gut! links.) Man will die Bestrebungen auf Vermehrung der Geltung unseres Volkes niederhalten. Angeblich will man den inneren Zwist vermeiden, aber solange die Vaterlandspartei besteht, hat sie nichts anderes getan, als Zwist geist. (Stürmische Zustimmung links; Abg. Gert (Soz.): Es ist ihre Aufgabe.) um dem deutschen Volk die Parteien zu vereiteln, die Staat und Volk zu einer Einheit machen wollen. Dieser Krieg, wie er auch ausgehen mag, wird Not und Elend zur Folge haben. Das wissen wir

Sitzen sehr gut, und deshalb stellen sie Kriegsziele auf, an die sie selber nicht glauben, um hinterher die Reichstagsmehrheit für all das Elend verantwortlich zu machen, das auf das Konto des Krieges kommt. (Sehr richtig! links.) Auch liberale Männer sind dieser Vaterlandspartei beigetreten. Es ist noch gar nicht lange her, daß einer dieser Männer, Ludwig Thoma, nach konservativen Wünschen vor das Reichsgericht in Leipzig wegen Verharmlichung der Feinde mit Verurteilung aus dem „Simplizissimus“ der Friedenszeit zu beweisen suchten. (Hört, hört! links.) Sie haben in diesem Ludwig Thoma ein Beispiel, daß jemand ein geistvoller Mann, ein ausgezeichneter Romanautor und doch ein recht trauriger Politiker sein kann. (Sehr richtig! links.) Wenn wir für die größte Freiheit auch jetzt im Kriege eintreten, so ist es deshalb, weil wir die Demokratie für die Quelle der größten und gewaltigsten Kräfte halten, weil wir den Siegeswillen des deutschen Volkes steigern wollen. (Beifall! links.) Durch Selbstbewußtsein und Selbstbeschränkung soll sich die Vaterlandspartei auszeichnen. Es scheint, daß die Zielbewußtheit für die konservativen und die Selbstbeschränkung für die liberalen seiner Mitglieder zu gelten hat. (Sehr gut! links und im Zentrum.) Eine Fülle von Beschränkungen ist über den Reichstag übergegangen: Festnahme, bezahlte Agenten des Auslandes usw. (Hört, hört! links.) Scheidemann soll in englischem Solde stehen. (Lärm links.) Diese Menschen können nicht begreifen, daß jemand politischen Sinn für etwas anderes beudet als für Geld. (Sehr gut! links, Lärm rechts.) Man hat den Reichstag eine Diätenanstalt genannt, von einer Schmachtfriedensentscheidung gesprochen, und beim Fall von Rigä wurde die taftvolle Verletzung gemacht, die Mehrheit empfinde Betrübnis ob dieses militärischen Ereignisses. (Wutruf links.) Die „Deutsche Tageszeitung“, dasjenige deutsche Blatt, über dem das Moralminium liegt (lebhaft Zustimmung links, großer Lärm rechts) sprudelt fortgesetzt von der Hungerfriedensmehrheit (Wutruf links). Es scheint, daß einem nicht unerheblichen Teil der Klasse, deren Interessen die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt, der Gedanke, daß das eigene Volk hungert, nicht allzu große Feindmacht ist. Die Tatsache, daß alle notwendigen Lebensmittel vom Markt verschwinden, sobald Höchstpreise festgesetzt werden, sollte doch zu denken geben, und umsofort hat sich v. Hehdenbrand auch nicht in die Untoten der Ermahnung gefügt, die er im Abgeordnetenhaus an seine Klammernossen gerichtet hat. Wenn die Herren von der Vaterlandspartei meinen, daß man den Kampf nicht nur gegen die ganze Welt, sondern auch gegen die Mehrheit des deutschen Volkes führen kann, dann wollen wir sie nicht davon abbringen. Sie sollten sich endlich einmal überlegen, inwieweit sie das friedliche deutsche Volk in den Ruf der kriegerischen Neigungen gebracht haben. Die Kriegsstimmung in Amerika ist durch einen Artikel des Herrn v. Strang in den alldeutschen Blättern lebhaft gesteigert worden, weil er die 30 Millionen Deutschamerikaner auffordert, mit der Faust zugunsten Deutschlands in den Krieg einzugreifen. Er ermahnte sie auch, sich mit den Iren staatlich selbständig zu machen. Bei uns hat man über derartige barmhertigen Unsinne gelacht, in Amerika aber hat man vor Wut geschäumt. Bethmann hat recht: Der Krieg hat den Mangel an Einsicht bei den Alldeutschen ins Groteske gesteigert. Dabei ist der Alldeutsche Verband zum Protest gegen die Vorkriegspropaganda Helgolands gegründet worden. Dürfte die alldeutsche Agitation damals Erfolg gehabt, so hätten die Engländer jetzt den Gründern des Verbandes ein Denkmal auf dem Trafalgar-Square in London gesetzt. (Weiterleft.) Den Kriegsverlängerern im Ausland könnte man keinen größeren Gefallen tun, als wenn ein alldeutscher Kanzler ernannt würde. (Zuruf: Herr Kapp!) oder in noch gesteigertem Maße den Grafen Reventlow. Das deutsche Volk will diese Atmosphäre des deutschen Hasses nicht haben. Man hat der Reichstagsmehrheit vorgeworfen, sie habe die Lage als hofflos bezeichnet. Das ist eine gefährliche Unwissenheit. So groß unsere Sehnsucht nach dem Frieden ist, so belohnen wir doch immer wieder, daß wir ihn um den Preis einer Verfallung, einer Verewaltung Deutschlands nicht erkaufen wollen. (Beifall links und im Zentrum.) Wenn man glaubt, daß Deutschland ohne Kriegsentwickelung nicht bestehen kann, so ist das eine nammonitische Auffassung. Wir lehnen es ab, wie Spieler immer höhere Einsätze zu wagen, auf die Gefahr hin, den Verlust ins Riesengroße zu steigern.

Wir verbitten uns die Agitation der Behörden für die Vaterlandspartei. Aus allen Teilen Deutschlands kommen die Mißbräute unglücklicher Menschen, die von ihren Vorgesetzten zum Beitritt zur Vaterlandspartei gezwungen werden. In allen Teilen Deutschlands sind aus den Rathäusern Agitationsstätten für die Vaterlandspartei geworden. (Hört, hört!) Kriminalbeamte agieren für sie. Sie sollten sich lieber um die Kohlen- und Lebensmittelversorgung kümmern. (Beifall links und im Zentrum.)

Redner führt dann aus dem ganzen deutschen Reiche, aus Hannover, Breslau, Potsdam usw. eine Reihe von Fällen auf, in denen Vorgesetzte ihre militärischen oder Beamten-Untergebenen in schärfster Weise zum Eintritt in die Vaterlandspartei zu beeinflussen suchen. In Grossen z. B. hat ein Oberleutnant Berg zwei Drittel der Mannschaften, die der Vaterlandspartei nicht beizutreten, traurige Gesellen“ genannt. Der Abgeordnete schildert Fälle aus dem Kriegsministerium und aus dem Oberkommando in den Marken, sowie den stellvertretenden Generalkommandos in Köln, des 7. A. A., von der Westfront und Ostfront und sogar aus Mazandran.

In einem Gefangenenerlager, so fährt der Redner fort, wurde gelacht, Erzberger und Scheidemann gehörten ins Zuchthaus. In einem anderen Falle sprach ein Major von „Scheidemann und anderen Dummeln“. Für diese Ausschreitungen mache ich eine leibende Stelle nicht verantwortlich, aber die ganze Aufklärungs-tätigkeit ist von oben angeordnet worden. Hier vorliegende Armeebefehle beweisen, daß man die Politik ins Feuer trägt. Es wird nach ganz bestimmten Leitfäden gearbeitet, die uns der Kriegsminister vielleicht mitteilt. Wir geben dem Reichskanzler Gelegenheit zu zeigen, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen läßt, wie er gesagt hat. Er muß erklären, daß er gegen diese Agitation einschreitet. (Beifall! links.)

Kriegsminister v. Stein: Eine Agitation zu politischen Zwecken wird weder von mir noch von der Seeresleitung in der Armee geduldet. (Widerpruch links.) Es hat schon viel Mühe gekostet, die paar unbedeutenden Beispiele zusammenzubringen, die Herr Landsberg zusammengetragen hat. (Stürmischer Widerpruch, Zurufe links.) Eine Aufklärung in der Armee hat von Anfang an stattgefunden und findet heute noch statt, aber mit ganz anderen Zielen. Es versteht sich von selbst, daß diese Aufklärung etwas anderen Charakter annehmen mußte, als der Krieg zum Stehen kam und die Lage in der Heimat schwieriger wurde. Der Soldat muß aufgeklärt werden über die Ursachen des Krieges, die Widrigkeiten unserer Feinde und über die Folgen eines verlorenen Krieges. (Zustimmung rechts, Unruhe links.) Die Verhältnisse in der Heimat müssen ihm klargelegt werden. (Unruhe links.) Die Armeesoldaten außerdem nach geistiger Reife. (Sehr richtig! rechts.) Berühmte Vertreter von Kunst und Wissenschaft haben sich dazu freiwillig zur Verfügung gestellt und die Oberste Seeresleitung hat dazu nichts einzuwenden. In diesen ist von Politik mit keinem Wort die Rede. Angewandelt sind von einzelnen Rednern die gebotenen Grenzen überschritten worden. Wo dies geschehen wurde, ist man eingeschritten. Ein aufrechter Soldat wird seinen jenseitigen Äußerungen, ohne Rücksicht auf die Politik, namentlich wenn es sich um eine ganz andere Agitation handelt

sich nicht. Immer noch mit allererfindung und Lügen gearbeitet. Sie wissen, daß die Agenden unserer Feinde darauf beruhen, die Ziele und Werten in unserem Völk vorzurufen. (Zuruf: „Die Alldeutschen!“ Wo ist der Reichstagskanzler? Der Abg. Schöpplin wird wegen eines Mißverständnisses zur Ordnung gerufen.) Diese Aufklärungsarbeit wird nach den gleichen Grundsätzen wie in der Heimat betrieben. Auch da wird allerdings die Grenze überschritten. Solche Fälle werden aber nicht geduldet. In der Provinz, zu der ich das Wort geschrieben habe, steht aus, daß durch das Vorbild unserer selbsterfahrenen Kameraden im Feld das Volk an Stärke gewinnen soll und daß es sich daran ein Muster nehmen kann. Von Kriegsziele ist darin gar nicht die Rede. (Bravo rechts.) Diese Aufklärung hat den Zweck, in unsere Armeesoldaten den Geist aufrecht zu erhalten, mit den sie in den Feldzug hineingezogen sind. Eine Armeesoldat ohne Siegeswille und Siegesübermut ist ein unbrauchbares Instrument. Man kann es beiseite legen und dem Feinde das übrige überlassen. Da wir das nicht wollen, werden wir die Aufklärung in dem Sinne im Felde fortsetzen. (Beifall! Unruhe links.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Ich habe dem nur noch wenig hinzuzufügen. (Unruhe.) Die Frage ist dem Kriegsminister genügend beantwortet worden. (Widerpruch.) Dann gehen unsere Ansichten auseinander. Der Reichskanzler ist mit dem Kriegsminister und allen militärischen Stellen einig, daß die Politik nicht in die Armeesoldaten hineingetragen werden soll, weder von rechts noch von links. Damit ist der Rahmen für die Aufklärungsarbeit gegeben. Es hängt von dem Volk der Betreffenden ab, daß die Grenzen gehalten werden. Den zuständigen Stellen liegt es ob, darauf zu achten. Darin sind wir mit der militärischen Leitung vollkommen einig. Den Beamten muß es freistehen, sich nicht zu betätigen in den gegebenen Grenzen. Kein Beamter darf seine amtliche Stellung dahin mißbrauchen, Untergeordnete in politischer Beziehung zu beeinflussen. Auch in dieser Beziehung kommen sie und da Verträge vor. Auf telephonische Anfrage ist mir aus Potsdam mitgeteilt worden, daß kein Wort davon wahr ist, daß das Regierungsgebäude die Zentralstelle für die dortige Agitation ist. (Hört, hört!) Der Reichskanzler weiß sich eins mit den Bundesverträgen. Ich spreche in meinem Namen. Er selbst ist durch wichtige Geschäfte in Anspruch genommen. Er hatte keinen Anlaß, hier zu erscheinen. Wenn Sie aus der Interpellation eine große politische Debatte machen wollen, so ist es etwas anderes. Der Reichskanzler soll einen Akt- und Vornachtrag gegen die Vaterlandspartei richten. (Widerpruch. Große Unruhe.) Wenn Sie sein Vertrauen zur Reichsleitung haben, so brauche ich kein Wort mehr zu sagen. (Beifall! rechts. Bewegung.)

Auf Antrag des Abg. Ebert (Soz.) wird die Interpellation beseitigt.

Abg. Trimborn (Nrr.): Es liegt eine Summe von Material vor. Im Felde hat jede Politik zu unterbleiben. (Sehr richtig!) Eine solche würde in höchstem Maße schädlich sein und wäre eine Gefahr. Andererseits soll dem Felde die Politik nicht in die Bewusstseinsbildung hineingetragen werden. Manches Antimitteltelegramm ist politisch ausgeschaltet worden. Die Nachrichten müssen klar und deutlich sein und die Politik beim Felde auch. Von einer Differenz zwischen Hindenburg und Ludendorff haben wir nichts gehört, sondern das Gegenteil. (Sehr richtig.) Eine Veranlassung der Vaterlandspartei von amtlicher Seite ist nicht zulässig. Wir wollen hierüber eingehendere Worte hören. Schon der Name „Vaterlandspartei“ ist eine Verleumdung für die übrigen Parteien. Das Wort von der roten und schwarzen Interpellation darf nicht mehr fallen. Was wir erstreben ist kein Hunger- oder Verzicht, sondern ein Friede, der das Leben des deutschen Volkes und seiner Verbündeten voll verbürgt, wie Graf Erzernin ihn so meisterhaft umschrieben hat. Kein Mitglied der Zentrumsfraktion schließt sich der Vaterlandspartei an. Nicht Spaltung, sondern Einigkeit ist das Gebot der Stunde. Wir stellen uns einmütig auf die Seite der Antwort auf die Papstnote; sie kann uns führen zu einem ehrenvollen Frieden, das für unser Volk wie für die Völker der ganzen Welt ein neues Erhalten und Erleben in sich trägt. (Beifall.)

Abg. Dr. Thoma (Nrr.): Meine Partei ist von jeher eine Vaterlandspartei gewesen, einer Neugründung bedarf es also nicht. Die Forderungen der Neugründung können von jedem guten Deutschen unterschrieben werden. (Zuruf: Da her überflüssig!) Das ist der Grund dafür, daß auch viele Nationalliberale (Zuruf: Darauf hingewiesen sind), sich der Vaterlandspartei anschließen und ebenso Zentrumsleute und Fortschrittler sich ihr in hellen Reihen angeschlossen haben. Auch entgegengezeichnete Bindungen hat man nichts in den Weg gelegt. Diese neue Partei ist ein Protest gegen die Agitation für einen Verzichtsfrieden. (Sehr richtig!) Die Agitation im Felde ist selbstverständlich zu mißbilligen. Dem Felde muß die Stimmung erhalten bleiben. Die Aufklärung ist nötig, aber sie muß mit Takt und Vorsicht gehandhabt werden. Die Parteipolitik muß ausgeschlossen bleiben. Ich hoffe, daß die heutige Aussprache nicht zum Schaden für das Land ausschlägt. Wir wollen ein nach außen mächtigeres und im Innern stärkeres Vaterland. (Beifall.)

Abg. v. Gräfe (Nrr.): Es handelt sich bei der Gründung der Vaterlandspartei nur um eine Reaktion gegen die Ueberpannung der patriotischen Agitation. Zahlreiche freiwillige und Zentrumsangehörige haben sich ihr angeschlossen. Selbst sozialdemokratische Stimmen sind laut geworden gegen einen Verzichtsfrieden. In der Armee muß Aufklärung getrieben werden im Sinne des Siegeswillens, und das ist doch keine politische Agitation. Leider ist die Aufklärung im Felde nach nötig. Die Gründung der Vaterlandspartei ist aus der Volkssee heraus gefloht. (Widerpruch.) Daß der Reichstag sein Ansehen durch die Resolutionspolitik wesentlich erhöht hätte, ist eine falsche Auffassung. Die heutige Interpellation hat das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen wollte. Eine starke Regierung wird das Volk hinter sich haben; dann wird der Furor Teutonikus wieder lebendig werden und wird den stolischen Willen des Volkes wieder zum Durchbruch bringen für einen wirklich siegreichen Frieden. (Beifall! rechts.)

Abg. Haas (Fortf. Nrr.): Der Abg. Landsberg hat eine Fülle von Material vorgebracht, das uns erregt hat; in geradezu unerhörter Weise wird die alldeutsche Parteipolitik in das Felde hineingetragen. Der Kriegsminister sprach demgegenüber als von ein paar mühsam zusammengestrichen Fällen. Wir haben kein Wort über Ablehnung oder Empörung gehört. Es scheint nach seinen Angaben alles gut zu sein und Abhilfe ist nicht zu erwarten. Der stellvertretende Kanzler hatte gar keinen Anlaß, so nervös zu tun. Das Wächlein „Ein selbsterfahren Friede“, zu dem der Kriegsminister das Vorbild geschrieben hat, ist keineswegs so harmlos. Man mag ein vortrefflicher Soldat sein, ohne ein guter Politiker zu sein. Das Buch sagt das Gegenteil von dem, was gleichzeitig der Kanzler hier sagte. (Hört, hört!) Wir protestieren gegen diese Agitation, die das Felde nicht ertragen kann. Die Weltgeschichte wird erkennen, daß die Sprache, die der Reichstag geführt hat, eine gute, verständliche und notwendige Sprache gewesen ist. Deshalb protestieren wir gegen die alldeutsche Agitation im Felde. Zunächst verlangen wir von der Regierung Klarheit und unbedingte Offenheit. Auch gegen die Reichsregierung richtet sich die Agitation. (Sehr gut!) Volk muß zum Felde sprechen, wollen wir aus dieser Situation herauskommen und nicht die europäische Kultur zugunsten von Amerika und Japan rettungslos zugrunde gehen lassen. Wir protestieren gegen die Vaterlandspartei, weil sie unerfüllbare Hoffnungen draußen erweckt. Wo sind die Hehdenbrandlichen Prozeßurteile geblieben und die Eroberungsversprechungen der Sozialistischen Reichsregierung, nach der wir die halbe

Welt erobern und zweihundert Milliarden an Weltkriegsentschädigung erhalten sollen. Die falschen Anschauungen vom deutschen Wesen bei den Feinden und bei den Neutralen beruhen auf der frechehaften Agitation der Alldeutschen. Sie haben ja auch die Stunde der Kriegserklärung herbeigeführt. Halten wir uns immer vor Augen: draußen steht die gemeinsame Feinde. (Beifall! rechts.)

Ein Antrag des Abg. Haas (Unabh. Soz.) wird zum Ausdruck bringen, daß die Behandlung der Interpellation nicht der Anschauungen des Reichstags entspricht.

Abg. Werner-Gieseler (D. Fr.): Man verwechselt deutsche Gesinnung, alldeutsche Agitation und schwerindustrielle Erwartungen. Wenn die Vaterlandspartei sich gegen die demokratische Agitation wendet, so hat sie das Recht dazu. Bischof hat geglaubt, dem deutschen Volke die Scheidemünze aufzuzwingen zu können.

Dieses ist auf Grund seiner Geschichte darob angewiesen, sich auf eine starke Monarchie zu stützen. Belgien war niemals neutral, gelang es den Engländern, die flandrische Küste zu erhalten, dann gehen wir Elend und Not entgegen. Darauf erwidert Gieseler, daß das danken wir dem Herrn v. Tirpitz und der Vaterlandspartei.

Es ist eine Interpellation der Abg. Gräber und Genossen eingelassen, in der Auskunft verlangt wird über die Maßnahmen, die die Regierung getroffen habe, um den Wiederbruch des Handels nach dem Kriege in die Wege zu leiten.

Gegen die Stimmen der Rechten wird ein Verabredungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung, Interpellation über das Verzeichnis und Verabredungsrecht, Interpellation Gräber und Genossen, kleine Vorlagen, Nachtragsetat.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Eine Kanzler- und Vizekanzler-Krise.

Der „Neuen Bad. Landeszeitg.“ wird aus Berlin berichtet:

In einer interfraktionellen Beratung haben heute die Führer und Vertreter der großen Mehrheitsparteien beschlossen, im Zusammenhang mit dem Verhalten des Reichskanzler-Stellvertreters in der Interpellationsdebatte vom Samstag die Zurückverweisung der Vorlage über den Nachtragskredit (Zweiteilung des Reichsanlans des Innern und Schaffung des Vizekanzlerpostens) an den Ausschuß zu beantragen.

Die großen Parteien, die in der zweiten Lesung den Kredit angenommen hatten, berichtigten vor der dritten Lesung ihre Stellungnahme gegenüber Dr. Helfferich. Um vollends klarzumachen, daß eine Krisenfrage zu lösen ist, beschloß man weiter, die Fortberatung der sozialdemokratischen Interpellation von der Tagesordnung der Montagssitzung abzusetzen und auf Dienstag zu verlagern, dafür aber am Montag erneut im Hauptauschluß sich mit der Vorlage des Nachtragskredits zu beschäftigen.

Schließlich wurde beschlossen, in eine Nachprüfung einzutreten, wie die Reichsmittel zur Agitation im Felde verwendet werden. Die Nationalliberalen, die ebenfalls an der Beratung teilnahmen, beschließen sich noch ihre endgültige Zustimmung zu diesen bedeutungsvollen Beschlüssen vor.

Reichskanzler Dr. Michaelis hatte gestern Beratungen mit den Parteiführern und begab sich darauf zum Vortrag ins Große Hauptquartier, von wo er Montag zurückkehrte.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß der Reichskanzler am Samstag während der Erklärungen des Kriegsministers von Stein und des Vizekanzlers Dr. Helfferich in der Reichstagsgebäude anwesend war, da er den Parteiführern über die elaf-Lothringische Frage Mitteilung zu machen wünschte. Vor dem Plenum erschien Dr. Michaelis jedoch nicht. Es wäre nicht unmöglich, daß eine über den Vizekanzler hinausgehende Krise begonnen hat.

Veratungen über Elaf-Lothringen.

Berlin, 6. Okt. Die Reichstagsabgeordneten Böhle (Soz.), Dittmann (Unabh. Soz.), Haas (Eli.), Fehrenbach (Zentr.), Reiteres (Soz.), Waldstein (F. V.) und Wendel (Soz.) hatten mit Oberst von Wrisberg und einem anderen Vertreter des Kriegsministeriums eine ausführliche Besprechung über elaf-Lothringische Angelegenheiten (Schutzhaft, Praxis des Reichsmilitärgerichts, französische Sprache, Urlaubsachen).

Aus der Partei.

Sozialistische Selbstauflösung.

Die Schweizer Sozialdemokratie macht bekanntlich seit Jahr und Tag eine schwere innere Kriege durch. Zuletzt hat sie durch Majoritätsbeschluß ihren Vertreter im Bundesparlament verboten, den Grundsat der Landesverteidigung anzuerkennen. Einige Genossen haben ihre Mandate bereits niedergelegt. Namentlich stehen Reutoblen voran. Der bekannte Genosse Blügger hat nun auch auf Anfrage hin eine Kandidatur nicht wieder angenommen. Er schrieb der Parteileitung:

„Selbstredend wäre ich gerne bereit, die Interessen und Forderungen der Schweizerischen Arbeiterchaft auch fernerhin im eidgenössischen Parlament zu vertreten. Allein meine von den Beschlüssen des letzten Parteitag abweichende Stellung zur Landesverteidigung schließt mich von der Partei aus.“

Obwohl erklärter Feind des Krieges und des Militarismus, bin ich doch von der Unentbehrlichkeit eines Grenzschutzes des Schweizerlandes unter den heute noch obwaltenden Verhältnissen so sehr überzeugt, daß ich es nicht über mich bringen könnte, kurzezeit grundrätlich die Mittel für den Grenzschutz im Rate zu verweigern. Es ist für mich ausgemacht, daß das Nichtvorhandensein einer Milizarmee unter Land während des Weltkrieges zum Kriegsschauplatz feindlicher Seer: gemacht hätte bezw. noch machen würde. Auch erblicke ich einen Widerspruch darin, daß Forderungen betreff Besserstellung der Wehrmänner in punkto Sold, Verpflegung, Versicherungsansprüche usw. gestellt bezw. unterstützt werden, wenn doch die finanziellen Mittel hierfür schließlch verweigert werden. Während der Parteitag den Fraktionsmitgliedern in der Militärfrage ein für allemal ein gebundenes Mandat erteilt, scheint der Beschluß des Parteivorstandes vom 1. September 1917 den Fraktionsgenossen die Möglichkeit zu eröffnen, bei der Abstimmung über das Militärbudget bezw. das Gesamt-

budget des Bundes sich der Stimme zu enthalten. Mein ein dauernd passives Verhalten in so wichtigen Landesangelegenheiten wie die Volkswirtschaft kann nicht befriedigen."

Deutsches Reich.

Der Gesetzentwurf über Vereinfachung der preussischen Verwaltung

Ist dem preussischen Landtag soeben zugegangen. Die beiden Hauptparagrafen lauten: § 1. Das Staatsministerium wird ermächtigt, während der Dauer des Krieges gesetzliche Maßnahmen anzuordnen, die sich hinsichtlich der Zusammenfassung, der Zuständigkeit und des Verfahrens der Behörden des Staates, der Gemeinden und Gemeindevorstände zur Erparung von Arbeitskraft als notwendig erweisen. Diese Maßnahmen sind dem Landtage bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf Verlangen eines der beiden Häuser aufzuheben.

§ 2. Die Maßnahmen dürfen sich insbesondere erstrecken: 1. auf Herabsetzung der Beschäftigtenzahl von Behörden und Körperschaften, 2. auf Vereinfachung des förmlichen Verfahrens, 3. auf Verminderung der Instanzen, 4. auf Einschränkung der Staatsaufsicht.

Fast alle Kriegsverordnungen übertreten.

In einwöchiger Verhandlung besetzte sich die Kölner Strafkammer mit schwerwiegenden Vergehen gegen die Kölner Gutbesitzerfamilie Bremer, die das größte landwirtschaftliche Unternehmen der Rheinprovinz betreibt. Fast alle Kriegsverordnungen kamen bei der Verhandlung in Frage, und der Prozeß hielt im Rheinlande schon wochenlang vorher alle Gemüter in Spannung. Die Bremer sind in einem besondern Vertrauensverhältnis zur Kölner Stadtverwaltung; sie hatten u. a. die Säuglingsmilch für ganz Köln zu beschaffen. Sie veräußerten dieselbe ohne Marken und unter Umgehung der Höchstpreise an Kaufhäuser, Wirtschaften und zahllose bestehende Private gewaltige Mengen Milch, Käse, Butter, Sahne, Fleisch aller Art, alle denkbaren Sorten Mehle und Getreide, Marmelade, Bohnen, Kartoffeln, Kalbs usw. in gewaltigen Mengen. Allein für das Restaurant Zoologischer Garten betrug die Rechnung etwa 2000 Mark im Monat. 800-400 Liter Vollmilch wurden täglich beschlagnahmt. Regierungsrat Stinnes — dies alles wurde durch Zeugen festgestellt — legte Rechnungen von 700 bis 2000 Mark; er zahlte gewaltige Preise für alle Fleischsorten, bis 10 Mark das Pfund. Auch der Major Mintelen vom Kölner Gouvernements gehörte zu den täglichen Bezüglern von Vollmilch, die den Säuglingen und den Kranken entzogen wurde; er ließ alle seine Waren täglich von einem Gefreiten, die sogenannte "Sahne-Ordnung" abholen. Eier wurden bis zu 500 Stück (Preis 75 Pf.) auf einmal abgeholt; für das Pfund Zucker waren 4 Mark zu zahlen. Von der Rheinischen Brotfabrik bezogen Bremer allein wöchentlich bis zu 50 Laib Brot ohne Marken. Zahlreiche verbotene Hauswirtschaftungen wurden festgesetzt; wenn geschädigt wurde, verließen zahlreiche Herrschaften, mit Paletten beladen, das Privathaus der Bremer, das, wie das Gut selbst, unmittelbar vor den Toren Kölns liegt. Bremer hatten täglich bis zu 4500 Liter Säuglingsmilch an die Stadt zu liefern, die dieses noch in ganz unerhöhter Weise verwässert wurde, in einem Falle mit schmutzigem Badewasser. Die Besitzer fühlten sich vor ihren Angestellten, die zum Teil mit ihnen schmuggelten und füllten, ziemlich sicher, bis sich schließlich die Kontrahentin Morr in Gewissensbitten an den Reichstagsabgeordneten Meerfeld wandte, der die ganze Sache dem damaligen Oberbürgermeister Wallraf unterbreitete; so kam der Stein ins Rollen. Die Verhandlung ergab noch, daß gegen 100 Kölner Bürger, darunter sehr wohlverdienende, bedeutende Persönlichkeiten, als verbotswidrige Abnehmer der Bremer Straßverhöre schweben. Auch ein Verfahren wegen Verletzung von Polizeibeamten ist eingeleitet; mehrere Anzeigen hatten auffallenderweise nicht das gewünschte Ergebnis. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten Josef Bremer jun. 9 Jahre Gefängnis, gegen Frau Bremer sen. 2 Jahre Gefängnis, ferner gegen diese beiden und die übrigen drei Angeklagten rund 14000 Mark Geldstrafe. Für je 10 Mark Geldstrafe im Nichterfüllungsfall einen Tag Gefängnis, ferner auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die beiden Hauptangeklagten auf die Dauer von 5 Jahren. Das Urteil wird am 4. Oktober gesprochen.

Baden.

Offenburg, 7. Okt. Der Oberlöw der Landratskammer im Bezirk der Wasser- und Strohbauinspektion Offenburg beträgt nach Zeitungsmeldungen in diesem Jahr 68747 M gegen 20711 M im vergangenen Jahr. In den früheren Jahren war es noch wesentlich weniger.

Lehr, 7. Okt. Der Betrüger, der kürzlich im Oberland einen dreipferdigen Motor gestohlen hatte und ihn hier verkaufen wollte, dann aber unter Hinterlassung des gestohlenen Bundes das Weite suchte, ist wie die "Lehr. Ztg." mitteilt, nun verhaftet worden. Er wollte in Neustadt i. Sch. ein Jahrbuch, das er in Singen unredlichweise mitgenommen hatte, abgeben, wurde aber dabei ertappt und in Gewahrsam genommen. Der Mann, ein gebürtiger Esslinger, ist ein verheirateter Schreiner namens Trautwein und wohnt zuletzt in Schippenheim.

Willingen, 7. Okt. Unter dem Verdacht, einen Einbruch in ein größeres Anwesen in der Nähe der Stadt verübt zu haben, wurde der montenegrinische Staatsangehörige Stefan Gaftradovic in das hiesige Amtsgefängnis eingeliefert, wo er sich nach dem "Schwarzwälder" durch Erhängen das Leben nahm.

Manheim, 7. Okt. Der Kaufmann Georg Sottenstein war vor dem hiesigen Preisprüfungsamt tätig. Er mußte entlassen werden, weil er sich mit dem übrigen Personal nicht vertragen konnte. Nun behauptete Sottenstein in Briefen, die Beamten des Preisprüfungsamtes arbeiteten in ihre Taschen und forderte einen ansehnlichen Beamten in einer Unterredung auf, ihm 500 Mark Schweinegeld zu bezahlen, da ja bei einer Stuttgarter Delegation mit Reichsteil 20000 Mark wieder hereinzubringen seien. Der Beamte stellte Strafantrag. Das Schöffengericht verurteilte Sottenstein wegen Verleumdung und Erpressung zu 4 Monaten und 1 Woche Gefängnis und 3 Jahren Erwerbsverlust.

Wetterung.

Im Schwarzwald und im Albengebiet ist ein empfindlicher Wettersturz eingetreten. Seit Sonnabend Abend fällt Schnee bis zu 700 Meter herab. In den oberen Berglagen sank die Temperatur unter Null.

Berichtszeitung.

Karlsruhe, 5. Okt. Sitzung der Strafkammer I. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Dölter; Vertreter der Staatsanwaltschaft: Herr Dr. Kömber.

Der Fuhrer Otto Gerstner aus Märlch ist 18 Jahre alt und hatte einen Tagelohn von 12 bis 14 M. Trotz dieses guten Einkommens konnte Gerstner, der übrigens schon vorbestraft ist, nicht auf ehelichem Wege bleiben. Er ließ in einem Wädeladen in Karlsruhe 8 Patete Lebensmittelcheine und verbrauchte sie zum Teil, zum Teil verkaufte er die Scheine. Wegen Diebstahls im Rückfalle wurde Gerstner zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich der Unterdrückung seit dem 8. September, verurteilt.

Der Hausburste Artur Dimpfel aus Karlsruhe war im Warenhaus von Knopf beschäftigt und erhielt von dort aus den Auftrag, den Betrag von 21,13 Mark zu erheben. Von dem Gelde unterschlug er 10 Mark und gab die Summe seiner Mutter. Bei Knopf stahl Dimpfel auch ein Seidenstück und Seidenstoff. Den Seidenstoff ließ Dimpfel durch den Hausbursten Ludwig Frankle aus Könnigsbach bei Urlaub im hiesigen Leihhaus verkaufen. Er erhielt 8 Mark dafür und lieferte das Geld dem Dimpfel ab. Dimpfel bezahlte dem Frankle 1 Mark für seine Dienste und hielt ihn auch gefesselt. Frankle selbst ist trotz seiner Jugend — er ist ebenso wie Dimpfel erst 15 Jahre alt — heute außer wegen Diebstahl noch wegen fünf schwerer Diebstähle angeklagt. Frankle schlich sich in der Zeit vom 4. April bis zum 3. Juni in den Kaiserautomaten ein und stahl dem Geschäftsführer größere Geldbeträge und herab die Ladenkasse. Außerdem eignete er sich Brotmorsensäfte, Zigarren u. a. an. Aus einer Deliktatenshandlung in der Erbsengasse stahl Frankle Delikatessen, Butter u. a., aus einer Wirtschaft in der Karlsruherstraße aus einem Musikautomaten 15 Mark, an anderen Plätzen wurde er sich auf ähnliche Weise weitere Geldbeträge, Brotmorsensäfte, Zigarren u. a. angeeignet. In Könnigsbach und in Karlsruhe verübte er mehrere schwere Diebstähle, sie kamen aber nicht zur Ausführung, weil er dabei gefasst wurde. Obgleich machte er sich noch der Unterschlagung eines Betrages von 6 M. und zweier Diebstahls schuldig. Die Strafkammer verurteilte Dimpfel wegen Unterschlagung und Diebstahls unter Einrechnung einer früheren Strafe zu 1 Monat Gefängnis, den Frankle wegen schweren und einfachen Diebstahls, wegen Diebstahlsversuchs, Unterschlagung und Falscherei zu 7 Monaten Gefängnis, unter Abrechnung eines Monats Untersuchungshaft.

Der Tagelöhner Gustav Ded aus Märlch war hier bei der Maschinenfabrik beschäftigt. Er entwendete dort etwa 20 Liter Maschinenöl und eine Wasserwaage, ferner an einer andern Stelle einen Kinderwagen. Das Gericht verurteilte Ded wegen Diebstahls im Rückfalle zu 8 Monaten Gefängnis.

Der Fabrikarbeiter Eugen Gustav Feis aus Karlsruhe bezahlte sich am 24. September auf dem Hauptbahnhof auf einen Bescheid und nahm von einem Postwagen ein Postpaket weg und eignete sich dessen Inhalt (Rauchensmittel und Zigarren) an. Wegen Diebstahls und Hausfriedensbruch wurde Feis zu 4 Monaten Gefängnis, abzüglich eines Monats Untersuchungshaft, verurteilt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 8. Okt. * Karlsruher, 8. Okt. Die Broterzeugung im neuen Wirtschaftsjahr.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß das Ergebnis der im August vorgenommenen Erntebefragung die weitere Streckung unseres Brotgetreides notwendig macht, wenn die jetzige Produktion das ganze Wirtschaftsjahr hindurch aufrechterhalten werden soll. Glücklicherweise sei die Kartoffelernte gut, so daß die Streckung durch Kartoffeln erfolgen könne. Da aber alle Vorräte von Trockenkartoffel-Präparaten nicht vorhanden sind, kann die Streckung des Brotes mit Kartoffelmehl allgemein erst vom 1. Februar 1918 an erfolgen. Bis zum 1. November d. J. ist eine Streckung überhaupt nicht in Aussicht genommen. Bis dahin wird die jetzige Mehlernte von 200 Gramm pro Kopf und Tag weitergehen. In der Zeit vom 1. November bis 1. Februar werden den Gemeinden Frischkartoffeln in einem Umfang zur Verfügung gestellt werden, die eine Streckung der Mehlernte von 200 Gramm um 10 Prozent ermöglichen, womit die Ration der ersten beiden Kriegsjahre wieder hergestellt wird. Falls eine Gemeinde es vorziehen sollte, diese Streckung nicht vorzunehmen, die Kartoffeln vielmehr direkt zu verteilen, so soll sie zu einer Erhöhung der Kartoffelwochenrate berechtigt sein, die dann etwa 1 1/2 Pfund pro Kopf und Woche betragen würde.

Die Ausmahlung des Getreides von 14 Prozent muß vorläufig beibehalten werden. Wenn die Erntebefragung, die vom 20. September bis 5. Oktober vorgenommen wird, ein besseres Endergebnis der Getreidernte ergeben sollte, so wird der Mehlertrag nicht zu einer Erhöhung der Mehlernte, sondern zu einer Verringerung der Ausmahlung benutzt werden, durch die einmal die Qualität des Brotes wesentlich verbessert und gleichzeitig die so notwendige Kleie als Futtermittel für die Landwirtschaft gewonnen würde.

Bresse-Konferenz. Unter dem Vorsteher des Ministers des Innern, Freiherrn von Bohnen, trat am Samstag im Sitzungssaal des Ministeriums des Innern eine Konferenz der Schriftleiter und Verleger der badischen Zeitungen zusammen. In üblicher Weise erstattete Geh. Oberregierungsrat Dr. Schneider die Berichte über die Brot- und Mehlerzeugung, Kartoffelverorgung, Milch- und Fettverorgung, Bewirtschaftung der Deßründe und der Küsse, Obstverorgung, Kohlenverorgung, Brennholzverorgung.

An die Angehörigen deutscher Kriegsgefangener in Rußland. Der Nationale Freundendienst, Hilfe für kriegsgefangene Deutsche, ersucht uns um nachstehende Mitteilung: „Alle Angehörigen von Kriegsgefangenen, die in der Zeit vom August 1916 bis Januar 1917 in Lagern, Lazarett und Arbeitsstellen der russischen Gouvernements oder Gebiete Michniz, Nowgorod, Vladimir, Jaroslavl, Iwer, Almolinsk, Semnialatinsk, Tomsk untergebracht waren, werden hiermit ersucht, ihre Adressen zur Entgegennahme einer Veranlassung in der Geschäftsstelle des Nationalen Freundendienstes, Uhr und von 3-6 Uhr, bekannt zu geben.“

Zur Kartoffelverorgung schreibt das städt. Nachrichtenamt: „Wie durch das städtische Nachrichtenamt bekannt gegeben worden ist, wird am Dienstag, den 9. Oktober mit der Anlieferung der beim Kommunalverband bestellten Kartoffeln begonnen. Der Preis für den Zentner mußte auf 8 M. festgesetzt werden. Da dieser Preis etwas höher ist als der Höchstpreis für die Kartoffeln, die mittelst Bezugscheineverfahrens von den Verbrauchern direkt vom Erzeuger bezogen werden, sind vielfach ganz irrtümliche Meinungen über die Kartoffelverorgung durch den Kommunalverband entstanden. Demgegenüber sei festgestellt, daß der Preis von 8 M. festgesetzt werden mußte zur Deckung der Selbstkosten, um die Stadt vor Verlusten zu schützen, wie sie ihr bei der letztjährigen

Kartoffelverorgung erwachsen sind und die sich auf über 60000 Mark beliefen. Mit Recht wurde es als bedauerlich bezeichnet, daß der Preis angesichts der reichen Kartoffelernte so hoch angelegt wurde, daß das Pfund Kartoffeln auf 8 Pf., im Kleinverkauf sogar auf 9 Pfennig zu stehen kommt. Da jedoch eine Herabsetzung des Erzeugerpreises nicht zu erwarten ist, hat der Stadtrat an der Städtetage das Ersuchen gerichtet, dahin zu wirken, daß den Städten von Reichswegen eine Rückvergütung bewilligt wird, damit diese die Kartoffeln an die Bevölkerung zu einem ermäßigten Preise überlassen können.“

Hier kann man wieder sehen, zu welchen Zuständen wir bei der bisherigen Preispolitik für die notwendigen Nahrungsmittel kommen. Das Volk kann die zugunsten der Agrarier festgesetzten Höchstpreise nicht mehr bezahlen. Jetzt soll mit Reichsmitteln eingegriffen werden. Diese müssen dann wieder durch Steuern aufgebracht werden, die natürlich ebenfalls das Volk bezahlet. Das Volk blutet aus allen Wunden, aber der Kartoffelpreis muß unbedingt auf der doppelten Höhe gegen früher gehalten werden, sonst geht die Welt unter. Wir sind neugierig, wie lange man mit diesem System fortfahren kann.

Festgenommen wurde ein Kaufmann aus Durlach, welcher noch vorausgegangenem Wortwechsel seinem Bruder einen Stich in die Brust versetzte und so schwer verletzte, daß er in ein Krankenhaus verbracht werden mußte.

Groß. Hoftheater. Das heutige mehr denn je recht seltene Unternehmen der Wiedergabe eines aus der Reihe der Schaferspieler Königsdramen hat am Freitag im Hoftheater mit der Neuaufbereitung von „König Heinrich V.“ in der Bearbeitung von Lebinger und Roemede die berechnete Anerkennung eines stark besuchten Hauses gefunden. Geschlossenheit in dramaturgischer sowohl, wie in szenischer Hinsicht sicherten, Hand in Hand mit einer ungemein sorglich ausgearbeiteten Wort-Regie und gestützt auf eine ausnahmslos wadere Darbietung dieser, für Künstler und Besucher anstrengenden Theaterabend einen außerordentlich freundlichen Erfolg, für den der Spielleiter, Herr Dr. Roemede, auch persönlich danken konnte. Auf die Wiedergabe des Dramas und die neue Bearbeitung, der Bruno Stürmer eine, in jeder Beziehung wohlgeleitete Bühnenmusik beigegeben hat, wird nach zurückkommen sein.

Die sonntägliche „Miba“, die ebenfalls noch kurz zu besprechen sein wird, wurde mit Frau Bauer-Kollmar in der Titelrolle bei eindrucksvollem Verlauf als Kriegsanleihe-Vorstellung gegeben. Der Vorstellung ging ein Prolog voraus und Herr Dumas sprach werbende Worte.

Letzte Nachrichten.

Neue U-Boot-Erfolge.

Berlin 7. Okt. (Antlich.) In der Nordsee wurden durch unsere U-Boote neuerdings 5 Dampfer versenkt. Drei von ihnen wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Von den beiden anderen Dampfern war einer bewaffnet. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Nationalkongress der französischen Sozialisten. Vorbezug, 7. Okt. (Agence Havas.) Auf dem sozialistischen Kongress, bei dem Renaudel den Vorsitz führte, behandelte Compere-Morel die Frage der Teilnahme der Arbeit an der Konferenz in Stockholm. Die Einberufung der Internationalen würde kein anderes Ergebnis haben, als die Verschiedenheit der Ansichten zu betätigen, die die französischen Sozialisten wie die aller anderen Länder trennen. Compere-Morel erinnerte die sozialistische Partei daran, wie einmütig sie sich am 4. August 1914 für den Krieg ausgesprochen habe, weil Frankreich das Opfer eines unbesiegbaren Angriffs war. Deshalb rief er unter dem lebhaftesten Beifall der Anhänger der Mehrheit, daß es notwendig sei, sich hier entschieden für einen siegreichen Frieden, dessen Anhänger er sei, auszusprechen, aber für einen Verständigungsfrieden, der Frankreich verkleinern würde. Den Krieg fortsetzen, heißt das Recht des Volkes auf Freiheit in jeder Gestalt wahren, denn ein tatsächlicher oder verhehlter Sieg Deutschlands bedeutet die wirtschaftliche und politische Knechtschaft Frankreichs. Ein neues Betrüben würde unausweichlich zu einem neuen Zusammenstoß führen.

Der Redner sagte seine Ausführungen wie folgt zusammen: Wenn Frankreich besiegt wird, so bedeutet dies das Verschwinden der Demokratie aus der Welt. Auch darf die Einigkeit aller Franzosen nicht gerissen werden. Unsere Partei muß jede Regierung der nationalen Verteidigung unterstützen unter der einzigen Bedingung, daß die Kriegsziele demokratische sind, wie dies übrigens bei den Kriegsziele Frankreichs der Fall ist. Dies ist die nutzbringende Politik für unsere Partei, die keine Klammern unter sich lassen darf. Compere-Morel brachte zum Schluß seiner Ausführungen eine Entschließung ein, die erklärt, daß die Partei den unbedingten Frieden ablehne und nur einen Frieden der Wiederherstellung annehme, einen siegreichen Frieden, der nur durch die hohe Einigkeit der Franzosen verwirklicht werden könne. Die Partei werde jeder Regierung ihre Unterstützung leisten, die fest entschlossen sei, eine ebenso stetige wie durchschlagende demokratische Kriegspolitik durchzuführen. — Rappaport entwickelte in längeren Ausführungen die theoretische Theorie und erklärte, daß er die Annahme der Kriegskredite und die Teilnahme an einer Regierung der nationalen Verteidigung unbedingt verwerfe. — Der Kongress beschäftigte sich hierauf mit der Prüfung der Mandate. 32 Departementsverbände sind vertreten und zwar mit 2897 Mandaten. — Hierauf wurde die Sitzung aufgehoben.

Das finnische Wahlergebnis. BSW, Västingfors, 7. Okt. (Pet. Tel.-Ag.) Das Ergebnis der Landtagswahlen am Ende des dritten Wahljahres ist: Sozialdemokraten 45,7 Proz., bürgerliche Parteien 54,3 Proz. aller abgegebenen Stimmen.

Ein zweiter Kongress der Arbeiter, Bauern- und Soldatenräte. BSW, Petersburg, 8. Okt. (Pet. Tel.-Ag.) Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats hat einstimmig beschlossen, zum 2. November einen zweiten allgemeinen Kongress der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndelegierten einzuberufen. Der Arbeiter- und Soldatenrat nahm einen Entschluß an, worin gefordert wird, daß der Kriegsminister sofort die politische Propaganda im Heer wieder einführe und die Inverletzlichkeit aller Parteien an der Front gewährleistet.

Beratungen wegen Bildung eines Koalitionskabinetts. BSW, Petersburg, 6. Okt. (Pet. Tel.-Ag.) Gestern nachmittag berieten die Mitglieder der Regierung unter dem Vorsitz Leninski mit Abgeordneten der demokratischen Konferenz, Vertreter der Moskauer Industriellen und der Kadettenpartei über die Neubildung der Regierung. Sie begann mit einer Rede Leninski, der die Vertreter der verschiedenen politischen und sozialen Gruppen zur Bildung eines Koalitionskabinetts aufzuforderte. Schließlich fand die Versammlung eine Einigung über beinahe alle zur Beratung stehenden Fragen mit Ausnahme derjenigen, die die Organisation und den Charakter des Parlamentes und die Verantwortlichkeit der Regierung vor diesem betreffen. Am 1. November nachts begannen die endgültigen gesonderten Beratungen der verschiedenen Gruppen.

Verantwortlich für Politik, Kriegsnachrichten und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Koll; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Außenstraße 24.

Sozialdemokratischer Verein
Kleinsteibach.

Todes-Anzeige.
Den Genossen machen wir die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied

August Lämmermeier
Maschinenformer

gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr statt und eruchen wir um zahlreiche Beteiligung. 1221
Kleinsteibach, den 7. Oktober 1917.
Der Vorstand.

Arbeiter-Turnverein Kleinsteibach.

Todes-Anzeige.
Wir setzen unsere Mitglieder von dem Hinscheiden unseres Mitglieds und Mitbegründers des Vereins

August Lämmermeier
Maschinenformer

heimlich in Kenntnis. Der Verstorbene war stets ein eifriger Förderer unserer Sache und werden wir demselben ein bleibendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Oktober, vormittags 10 Uhr statt und eruchen wir unsere Mitglieder, dem Verstorbenen recht zahlreiche die letzte Ehre erweisen zu wollen. 1220
Kleinsteibach, den 7. Oktober 1917.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Karlsruhe.

Todes-Anzeige.
Wir bringen unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß das langjährige Mitglied, der Maschinenformer

August Lämmermeier

gestorben ist.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 9. Oktober, Vormittags 10 Uhr in Kleinsteibach statt.
Zu zahlreicher Beteiligung ladet ein 1222
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung

Den Zeichnern auf die siebente Kriegsanleihe wird bekannt gegeben, daß die hiesige im Reichsbankgebäude befindliche Darlehenskasse Darlehen, welche zur Einzahlung auf gezeichnete siebente Kriegsanleihe gewünscht werden, gegen Verpfändung von Wertpapieren und Schuldbuchforderungen für die weitere Dauer des Krieges zu dem Vorzugszinsfuß von 5 1/2 % gewährt. Zur Verpfändung eingereichte deutsche Kriegsanleihe wird mit 85 % des Ausgabebetrages von 98 % befreit. Die Reichsbanknebenstellen in Baden-Baden, Bruchsal, Vahr, Offenburg, Pforzheim und Rastatt nehmen Darlehensanträge sowie die zu verpfändenden Wertpapiere zur kostenlosen Weitergabe an die hiesige Darlehenskasse entgegen und stellen alle erforderlichen Formulare im Geschäftsraum oder auf dem Postwege zur Verfügung.
Karlsruhe, den 5. Oktober 1917.
Reichsbankstelle
Dieh, Stössel. 1215

Verkauf von Apfelmösten.

Wir lassen größere Mengen Obstmoost herstellen, den wir teils im Kleinen, teils gebündelt an die Bevölkerung abgeben lassen und zwar in folgender Weise:

a. Der Verkauf im Kleinen erfolgt durch etwa 250 Kleinverkaufsgeschäfte, die durch den Anhang unseres Blattes „Apfelmöste“ kenntlich gemacht werden. Es darf jeweils nur literweise abgegeben werden. Der Preis beträgt 65 Pf. für das Liter. Flaschen oder sonstige Gefäße sind mitzubringen.

b. Die Abgabe im Gebunden erfolgt teils ab Kelter, teils später ab Lagerfabrik.
Wer Moost ab Kelter (süß) beziehen will, hat bei unserer Kortenstelle, Festhalle, vom nächsten Dienstag, den 9. Oktober, vormittags 9 Uhr ab, den Antrag zu stellen, worauf er eine Anweisung erhält. Abgegeben werden an einen Haushalt Mengen bis zu etwa 300 Liter. Fässer sind von den Bestellern zum Füllen zu liefern. Der Preis ab Kelter beträgt 50 Pf. für das Liter. Die Besteuerung geht zu Lasten des Käufers.
Der Moost wird in der Mostkellerei von B. Finkstein, hier, Hinkelmeier 10, hergestellt.
Die Bedingungen für die spätere Abgabe ab Lagerfabrik werden noch bekannt gegeben.
Karlsruhe, den 6. Oktober 1917. 1218
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt

Höchst- u. Nichtpreise
gültig für den Verkauf auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt in der Zeit vom 8. Oktober bis 15. Oktober 1917 einschließlich.

Gemüse:

Kohlenlohl geschlossen	1 Pfund	50-60	Pfg.
Kohlenlohl offen	1	20-25	
Blumenlohl	1	50-60	
Winterlohl	1 Pfund	12	
Kohltraut	1	16	
Weißtraut	1	10	
Wirsing	1	13*	
Spinat	1	20	
Schwarzwurzeln	1	50-60	
Bohnen, grüne und gelbe	1	32-35	
Karotten, kleine runde, längliche	1	19*	
Speisebohnen, rot	1	13*	
gelb	1	9*	
Schnittlohl	1	10	
Nüben, rote	1	12	
weiße	1	5	
Kohlrabi	1	20	
Waben-Kohlrabi	1	5	
Kopfsalat, inländischer	1 Stück	3-12	
Endivienalat	1	3-10	
Feldsalat	1 Pfund	40	
Sellerie	1 Pfund	19	
Lauch	1 Stück	5-8	
Mangold	1 Pfund	12	
Kürbis	1	8-10	
Meerrettich im Durchschnittsgewicht			
a. von über 300 g	1	65	
b. von über 200 g	1	50	
c. unter 200 g	1	40	
Nettsch	1 Stück	2-10	
Radieschen und Eiszapfen	1 Pfund	3-10	
Gurken	1 Stück	6-17	
zum Einmachen	1	2-4	
Tomaten	1 Pfund	20	
Kahabarber	1	17	
Wirsing, inländisch	1	25	

Pilze:

Pflasterlinge	1 Pfund	40	Pfg.
Steinpilze	1	40-50	

Obst:

Äpfel, Gruppe I	1	60*	Pfg.
II	1	32*	
III	1	15*	
Birnen, Gruppe I	1	55*	
II	1	24*	
III	1	9*	
Äpfelzweigen	1 Pfund	30*	
Ebel-Weinberg	1	60*	
Große Weinberg-Weißliche	1	38*	
Kleine Weinberg-Weißliche	1	24*	
Trauben	1	100	
Preißelbeeren	1	55*	
Kastanien	1	100	

Die mit einem * versehenen Preise sind Höchstpreise.
In allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.
Das Zurückhalten angeblich verkaufter Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.
Karlsruhe, den 5. Oktober 1917. 1211
Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Kartoffel-Verteilung
in der Woche vom 8. bis 14. Oktober 1917:
7 Pfund
gegen Abgabe der Kartoffelmarke 70 C ohne Anhang zum Preis von 9 Pfennig für ein Pfund.
Der Anhang zur Kartoffelmarke 70 C ist aufzubewahren, für den Fall in der gleichen Woche infolge vermehrter Zufuhr eine Kartoffel-Sonderzulage gewährt werden kann.
Karlsruhe, den 6. Oktober 1917. 1217
Stadt. Kartoffelamt.

Bekanntmachung.
Anmeldung der Kartoffelernte.

- Nach der Bekanntmachung des Bürgermeistersamts vom 25. Juli sind die Einwohner der Stadt Karlsruhe verpflichtet, die geernteten Mengen an Kartoffeln uns anzugeben.
- Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß dieser Anzeigepflicht sämtliche Kartoffelanbauer unterliegen, also auch die, welche ihre Kartoffeln nicht feldmäßig, sondern in Gärten angebaut haben. Auch die kleinste Erntemenge muß gemeldet werden.
- Die in einer Woche geernteten Mengen sind jeweils beim Beginn der nächsten Woche uns (schriftlich oder mündlich) anzugeben. In den Vororten können die Anzeigen auch bei den Gemeindefunktionären abgegeben werden.
- Kartoffelanbauer, die ihre außerhalb der Gemarkung Karlsruhe geernteten Kartoffeln hier einführen, haben diese gleichfalls anzumelden.
- Bei der Anmeldung können Vordrucke benutzt werden, die unentgeltlich bei den Polizeiwachen und den Gemeindefunktionären zu haben sind.
- Wer die Meldevorschrift nicht einhält, setzt sich der in der Bekanntmachung des Bürgermeistersamts angeordneten Bestrafung aus.

Karlsruhe, den 5. Oktober 1917. 1216
Statistisches Amt.

Bekanntmachung.

Der Staatsanwältiger und das amtliche Verpfändungsamt veröffentlichen eine Bekanntmachung des Königl. stellvertretenden Generalkommandos des XIV. Armeekorps vom 20. Sept. 1917, betreffend Verpfändung von Egelein, Zelten und Zeltplanen. Auf diese Bekanntmachung, die auch bei dem Gr. Bezirksamt sowie den Bürgermeistersamten eingesehen werden kann, wird hiermit hingewiesen. 1219
Karlsruhe, den 2. Oktober 1917.
Gr. Bezirksamt.

Museumssaal

Mittwoch, 10. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr,
Klavierabend

Backhaus

Grossh. hessischer Kammervirtuos. 1212

Karten zu Mk. 4.—, 3.—, 2.— u. 1.50, in der Hofmusikalienhandlung **Fr. Doert,** Kaiserstrasse 159, Eingang Ritterstr.

Von der Reise zurück:

Dr. med. R. Unter Ecker

Spezialarzt für Chirurgie und Röntgenbehandlung. 1213
Kaiserstrasse 247.

Blazauffeher

event. Kriegsinvaliden, für mein Kohlenlager gesucht.
Ph. Bader Nachf.
Amalienstraße 83. 1202

Städt. Hilfsdienstmeldestelle
Städtischer Stellennachweis für Kaufleute, Techniker und Büroangestellte
Zähringerstr. 100, Karlsruhe. Fernspr. 5538

Stelle suchen:
mehrere gelehrte Kaufleute als Kontoristen, Buchhalter Korrespondenten usw.
Maschinenreiber und Stenographen, Kanzleihilfen, Schreibkräfte, sowie Anfänger für Büro, Hilfskräfte zum Nachtragen der Bücher usw. für abends und stundenweise.
Ferner: 1 Architekt,
1 Techniker und Zeichner,
1 Betriebsleiter für Elektrotechnik, sowie mehrere Bauführer.

Stelle finden:
Abgeschlossene Buchhalter (Leberbranche), Stenotypisten, Kontoristen, 1 Revisor, Hilfsbeamte für städt. Betriebe, sowie mehrere Buchhalter für auswärt. 1145

Daniels Konfektionshaus
Wühlfstr. 34, 1 Et.

Jackenkleider M 65.00 an
Wintermäntel „ 22.75 an
Blüschpaletots „ 45.— an
Wasserdichte
Wispmäntel M 45.— an
Regenhautmäntel M 55.—
Schwarze Jacken 25.75 an
Kleiderrocke M 22.75 an
Kindermäntel, Pelzerinen und Bodenmäntel
Blusen in allen Stoffarten
Unterrocke, schwarz u. farbig
Aus Seide!
Jackenkleider M 135.— an
Jacken „ 51.75 an
Mäntel „ 78.75 an
Röcke „ 36.75 an
Blusen „ 18.75 an
Füllblusen „ 16.75 an
— Keine Ladenspeisen. —

Stadt. Badanstalt
(Vierordtbad)
Karlsruhe.

Medizinische Bäder.

Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).
Mutterlange u. Schwefel-(Thiopinol)-Bäder.
Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3-8 Uhr nachm.
Samstags bis 9 1/2 Uhr.
Sonntags 8-12 Uhr.
Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 224

Geübte
Saten- und
Bentelkleberinnen
sofort gesucht.
Sigmund Wolf,
Schneffelstraße 51. 1189

Alle Druck-Arbeiten
liefert rasch und billig
Druckerei Volksfreund
Luisenstrasse 24
Teleph. 128.